

EINE KAMPAGNE DER AWO IN SACHSEN-ANHALT

AWO fragt – Landesparteien antworten



Gute Versorgung
Der Mensch im Mittelpunkt

„Welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei im Gesundheits- und Sozialwesen unter folgenden Schlagworten:
,Multiprofessionalität',
,Vereinbarung von Familie und Beruf' und ,Arbeit soll nicht krankmachen'?“

LANDTAGSWAHL 6. JUNI 2021
EURE STIMME ZÄHLT

GUTE VERSORGUNG
Der Mensch im Mittelpunkt



Frage 1

Wie beurteilt Ihre Partei die aktuelle und zukünftige Lage des Gesundheitsbereiches und des Sozialwesens?

Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

Sachsen-Anhalt ist grundsätzlich im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens gut aufgestellt, die zahlreichen Träger, Vereine, Verbände und Initiativen sorgen für ein vielfältiges Beratungs-, Versorgungs- und Unterstützungsangebot. In Zukunft wird es darauf ankommen, dass die Strukturen erhalten und gestärkt werden, dass mehr Fachkräfte gewonnen werden und diese nach Tarif bezahlt werden. Für die Versorgung von morgen muss mit innovativen und sektorübergreifenden Versorgungsmodellen vorangegangen werden, der Investitionsstau an den Krankenhäusern abgebaut und auf Bundesebene das DRG-System reformiert werden.

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Auch wenn das System aktuell seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellt, zeigen sich die Defizite gerade jetzt sehr deutlich. Dabei geht es insbesondere um die Beschäftigten. Die CDU wird sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen, um die derzeitigen Fachkräfte zu halten und für Berufsanfängerinnen- und -anfänger sowie Umsteiger als attraktives und zukunftsfähiges Arbeitsgebiet relevant zu sein.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Beide Bereiche stehen aufgrund der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen. Entsprechend braucht es neue und kreative Ansätze, um die Versorgung zu sichern. Wir müssen endlich intersektorale und multiprofessionelle Angebote entwickeln und im Land erproben mit Bezug auf Gesundheit und Pflege. Aber auch in Schule und Kita setzen wir auf multiprofessionelle Teams. Das heißt für uns etwa den Ausbau der Kita- und Schulsozialarbeit.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

Die Corona-Pandemie hat die bereits bestehenden Probleme deutlich verschärft und sichtbarer gemacht: Der Fachkräftemangel und die daraus resultierende Überlastung des Personals haben sich in allen Bereichen des Gesundheits- und Sozialbereichs negativ ausgewirkt. Hinzu kommen die seit Jahren ausbleibenden Investitionen in die Modernisierung der Krankenhäuser und der Infrastruktur im Gesundheitswesen, so u.a. und der Mangel an Ausstattungen z.B. im Bereich der Intensivmedizin und der Rückstand bei der Digitalisierung.

Die Probleme sind die Folge einer seit Jahren verfehlte Kürzungspolitik. Daran kann sich für die Zukunft nur etwas ändern, wenn das Land seinen Investitionsverpflichtungen endlich nachkommt und das Personal im gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes aufgabengerecht ausbaut.

Es ist aber auch erforderlich, die Voraussetzungen für bessere Arbeitsbedingungen und insbesondere für eine bessere Bezahlung vor allem im Bereich der Pflegekräfte zu schaffen. Darüber hinaus darf für die Ausbildung in den Gesundheitsberufen kein Schulgeld mehr gefordert, sondern es müssen Möglichkeiten für die Zahlung einer Ausbildungsvergütung geschaffen und Wege zu einer Akademisierung geebnet werden.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Im Bereich des Gesundheitssystems wurde in der Vergangenheit zu viel gespart. Dies ist nicht erst seit der Coronakrise deutlich. Im Sozialwesen müssen wichtige Projekte in Zukunft eine gesicherte Finanzierung haben. Damit sich dort etwas entwickeln kann, müssen sich die Betroffenen stärker auf die Umsetzung und weniger auf die Finanzen konzentrieren können.

Frage 2

Was muss aus Sicht Ihrer Partei bei den zur Verfügung stehenden Ressourcen und Rahmenbedingungen, finanziell und rechtlich, zur Sicherstellung der Versorgung junger, kranker, alter und beeinträchtigter Menschen verändert werden?



Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

*Eines der drängendsten Herausforderungen der nächsten Jahre wird die Gewinnung von Fachkräften sein. Insbesondere in den Gesundheitsberufen und in der Pflege muss sich einiges ändern. Die Corona-Pandemie hat den Widerspruch zwischen Bedeutung und tatsächlicher Arbeitsbelastung und Bezahlung noch einmal deutlich hervortreten lassen. Wir setzen uns weiterhin für einen flächendeckenden Tarifvertrag in der Pflege und die Abschaffung der Schulgelder in den Gesundheitsberufen ein. Alle Menschen in unserem Land - egal wo sie wohnen, haben einen Anspruch auf eine gute Gesundheitsversorgung oder Versorgung im Pflegefall. Wir setzen auf eine möglichst lange Versorgung im häuslichen ambulanten Bereich und wollen die Ansätze der Pflege nah am Wohnort weiter ausbauen und das Programm „Pflege im Quartier“ fortsetzen. Wir wollen Präventions- und Beratungsangebote ausbauen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Begrenzung der Eigenanteile für Pflegeheime, für die Umwandlung der Krankenversicherung in eine Bürger*innenversicherung und eine Reform der Pflegeversicherung ein.*

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Im vorliegenden Bericht der Enquetekommission finden sie entsprechenden Hinweise. Auf eine Einzeldarstellung muss auf Grund der Komplexität an dieser Stelle verzichtet werden. Auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist bereits in der Frage zuvor eingegangen worden.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Grundsätzlich ist es wichtig, bei allen Versorgungsleistungen vom Menschen her zu denken und dessen Bedürfnisse und Bedarf in den Mittelpunkt zu stellen. Im Bereich junger Menschen heißt das für uns in materieller Hinsicht eine Kindergrundsicherung. Im Bereich Pflege der Ansatz einer Pflege im Quartier, um das Wohnen in den eigenen vier Wänden möglichst lange zu ermöglichen. Im Bereich der Menschen mit Behinderung ist der Zugang zum Arbeitsmarkt hinaus aus den Werkstätten mit dem Budget für Arbeit und dem Budget für Ausbildung zu forcieren.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:


DIE LINKE sieht eine der entscheidenden gesellschaftlichen Herausforderungen in einer Erneuerung des Sozialstaates, damit auch weiterhin die Sicherstellung der Versorgung aller Menschen in ihren individuellen Lebenssituationen gewährleistet werden kann. In unserem reichen Land haben Armut und Armutsrisiken signifikant zugenommen. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie hat sich die Lage weiter zugespitzt. Es besteht die reale Gefahr, dass in Folge der Pandemie soziale Leistungen weiter gekürzt werden, um die entstandenen Kosten zu begleichen. Das würde gerade den Menschen, die von den Folgen der Pandemie besonders schwer betroffen sind und mit den Folgen kämpfen, Fürsorge und Teilhabe entziehen und so die soziale Spaltung vertiefen und unsere demokratische Gesellschaft destabilisieren.

DIE LINKE fordert zur Bewältigung der finanziellen Folgen der Pandemie eine Vermögensabgabe auf hohe Vermögen und zur dauerhaften Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und zur Sicherung der Daseinsvorsorge eine umfassende Steuerreform, die u.a. eine Vermögenssteuer und eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf hohe Einkommen vorsieht. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Arbeit für alle Menschen sicher, unbefristet, tariflich bezahlt und sozial abgesichert ist und der Mindestlohn auf 13 Euro festgesetzt wird. DIE LINKE tritt für eine Rentenkasse ein, in die alle Erwerbseinkommen einzahlen, und für eine steuerfinanzierte, solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto. Außerdem gehört zu unserem Programm die Einführung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten einbezieht und die Beitragsbemessungsgrenze abschafft.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Um die Versorgung auf dem ländlichen Raum sicherzustellen und dem Landärztemangel entgegenzuwirken ist es wichtig, dass wir mit Versorgungszentren und Multiprofessionalität eine Grundversorgung sichern. Außerdem sind flachere Hierarchien zwischen Krankenpflegern und Ärzten notwendig. Bei der Pflege setzten wir uns dafür ein, dass Pflegesettings leistungs- und vertragsrechtlich vor der Pflegekasse gleichbehandelt werden.

Frage 3

 Welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei im ambulanten und stationären Gesundheits- und Sozialwesen unter folgenden Schlagworten: "Multiprofessionalität", "Vereinbarung von Familie und Beruf" und "Arbeit soll nicht krankmachen"?

Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

*In Zukunft muss es eine stärkere sektorübergreifende Zusammenarbeit und Kooperation geben, um die Gesundheitsversorgung zu sichern. Vielversprechende Ansätze gibt es bereits. Diese innovativen Modelle müssen weiter ausgebaut und vor allem finanziell abgebildet werden. Dafür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene angepasst werden, damit bspw. medizinische und Gesundheitsfachkräfte Aufgaben von Ärzt*innen übernehmen können oder unter einem Dach viele Leistungen angeboten werden können. Insbesondere im ländlichen Raum sichern diese Zentren die Versorgung. Eine stärkere Verantwortung der Gesundheitsfachkräfte entlastet Ärzt*innen und sichert die Versorgung (Beispiel: Gemeindeschwester). Auch müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für die Beschäftigten im Gesundheitswesen verbessern. So entscheiden sich viele Ärzt*innen heute gegen eine Selbstständigkeit und für eine Anstellung, da hier die Vereinbarkeit stärker gewährleistet ist. Auch hier können Zentren der medizinischen Versorgung ein attraktives Angebot darstellen.*

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Im ambulanten und stationären Gesundheits- und Sozialwesen steht ebenso die Vernetzung der ambulanten wie stationären Angebote, unter Einbindung von Prävention und Rehabilitation im Mittelpunkt. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen finanziell und organisatorisch so verbessert werden, dass die Arbeit nicht krankmacht. Ein Schichtdienst wird sich in diesem Bereich aber nie vermeiden lassen. Eine bessere Planbarkeit der Dienste, durch ausreichend Personal, kann aber massiv zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen. Die Kompetenzen der Beschäftigten sind nicht nur wertzuschätzen, sondern auch aktiv im Arbeitsalltag zu nutzen.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Zum Stichwort "Arbeit soll nicht krank machen" ist gerade im Bereich der Pflege einiges zu tun. Grundsätzlich setzen wir uns auf Bundesebene für eine 35 Stunden Woche in der Pflege ein. Gleichzeitig braucht es endlich evidenzbasierte Personalbemessungsinstrumente, damit die Fachkräfte vor Ort genügend Zeit für ihre Tätigkeiten haben. Im Bereich der Kinderbetreuung kommt es auf eine Verbesserung der Personalsituation an. Dafür wollen wir die Ausfallzeiten umfänglich in die Personalförderung einrechnen. Überdies wollen wir den Ansatz der Kitasozialarbeit im Land etablieren, um auch im Bereich der frühkindlichen Bildung multiprofessionelles Arbeiten zu stärken.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

Der akute Fachkräftemangel - ob im ambulanten oder stationären Bereich - hat gezeigt, dass sich neben den Ausbildungsbedingungen und der Lohnsituation unbedingt auch die Arbeitsbedingungen verbessern müssen. Arbeit darf nicht krankmachen. Dazu ist es notwendig, Arbeitszeitmodelle anzubieten, die die Beschäftigten vor Überlastung schützen. Verbindliche Personalschlüssel sind ein wichtiges Mittel, um gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf resultiert nicht zuletzt aus flexiblen Arbeitszeitmodellen, die planbare Dienstzeiten möglich machen.

Der flächendeckende Einsatz mobiler multiprofessioneller Teams sollte aufgrund einer Bedarfsermittlung und stetigen Bedarfsanpassung erfolgen. Die Finanzierung des Angebots darf nicht zulasten der Betroffenen gehen. Auch hier ist die Fachkräftegewinnung von entscheidender Bedeutung, um diese Angebote vorhalten zu können, und geht - wie auch in anderen Bereichen - eng mit attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen einher.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Wir Freie Demokraten wollen Versorgungszentren auf dem Land einführen, um dort die medizinische Versorgung sicherzustellen. Dafür ist die Multiprofessionalität von essenzieller Relevanz. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist beispielsweise eine Kinderbetreuung auch in der Nacht oder am Wochenende notwendig. Um die Pfleger und Ärzte zu entlasten, wollen wir Bürokratie abbauen und wieder für mehr Attraktivität sorgen, damit der Arbeitskräftemangel beendet wird.